

2025: Die Vereinigten Staaten, Europa und die Schweiz

Thomas Cottier*

26. Februar 2025

In den USA haben Donald Trump, ein verurteilter Straftäter, und eine Mannschaft das Ruder übernommen, die vom Recht nicht viel halten. Autokraten haben Einzug ins Kabinett gehalten. Elon Musk arbeitet ohne Zustimmung des Kongresses und zerstört die Strukturen der Bundesverwaltung. DOGE erinnert an Orwell's 1984. Der Präsident regiert imperial und sprunghaft. Die Besetzer des Kapitols vom 6. Januar 2021 wurden benadigt. Die neuen Schutzzölle finden keine tragbare rechtliche Grundlage im US-Recht. Der Präsident beruft sich auf Notrecht, obgleich eine wirtschaftliche Notlage nicht besteht. Sie dienen als Druckmittel zur Erzwingung von politischen Konzessionen und verstossen klarerweise gegen die Regeln der WTO und namentlich auch das regionale Abkommen mit Kanada und Mexiko, das Trump selbst ausgehandelt hatte (USMCA). Die Arbeit von USAID wird ausgesetzt und damit das Leben und die Zukunft von tausenden von Kindern und deren Zukunft bedroht.

Das sind nicht Ausnahmen. In der ganzen Aussenpolitik foutiert sich die Administration um das Völkerrecht. Das gilt für die Vorschläge für Gaza, die Duldung der schrittweisen Vertreibung der Palästinenser aus der Westbank, die angedrohte Einverleibung Grönlands, Kanadas und Panamas, und vor allem für den Krieg in der Ukraine. Die USA rehabilitieren Russland in bilateralen Gesprächen. Vergessen ist das grundlegende Verbot des Angriffskrieges. Der Präsident lügt, ohne mit der Wimper zu zucken und schiebt die Kriegsschuld den Ukrainern in die Schuhe. Sie seien – nach all den erbrachten Opfern - nicht würdig, mit am Tisch zu sitzen. Den gewählten Präsidenten Selenski nennt er einen Diktator. Die Verhandlungen werden über den Kopf der Ukraine hinweg geführt, und die EU und europäischen Staaten ignoriert. Gleichzeitig verlangt man von der Ukraine mit einem Knebelvertrag eine Abtretung von fünfzig Prozent ihrer wertvollen Rohstoffe, und von den Europäern, dass sie die Hauptlast der Sicherung eines Friedens tragen müssen. Eigene Truppen werden ausgeschlossen und die Verpflichtungen im Rahmen der NATO in Frage gestellt.

Diese zweite Zeitenwende beinhaltet nicht nur die Rückkehr zum legitimen Angriffskrieg, sondern die imperiale Aufteilung von Einflussphären unter den Mächten gegen alle Regeln des heutigen Völkerrechts unter der Charta der Vereinten Nationen. Die plumpe Rhetorik der USA an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 richtet sich primär an die eigene Wählerschaft und die Leute, die mit der Besetzung des Kapitols sympathisiert haben. Populismus und *Europe bashing* im besten Sinne, um vor eigenen Verfehlungen abzulenken. Die USA wenden sich jedenfalls in der Rhetorik ab von der westlichen Partnerschaft, von der *Pax Americana*, die 80 Jahre Zusammenarbeit und Allianz mit Westeuropa beinhaltet und auf der die Weltordnung im Wesentlichen gebaut wurde. Mit China will es die USA offenbar allein aufnehmen und vergisst, dass die US bislang erfolgreiche Auseinandersetzungen immer als westliche Allianz bestritten haben.

* Prof. Dr. iur. Dr.h.c. mult. LL.M., Fürsprecher. Präsident der Vereinigung La Suisse en Europe (thomas.cottier@suisseeneurope.org)

Offenbar strebt die Regierung eine autokratische Allianz mit Russland an, um sich in der Folge auch mit China zu arrangieren. Die Ukraine wird dazu geopfert. Brave New World.

Régime Change in den USA

Mit der Trump Administration ist ein *Régime Change*, wenn nicht eine Revolution verbunden und im Gange. Es ist mehr als eine sehr rechtsstehende Regierung ab Ruder. Die Grundlagen der Demokratie und des Rechtsstaats werden demontiert. Präsident Joe Biden hat zu Recht davor gewarnt. Ob der Regimewechsel dauerhaft ist, hängt nun von den Gerichten ab und mehr noch davon, ob die Regierung deren Urteile respektieren und auch durchsetzen wird. Auf die Verfassungstreue dieser Administration jedenfalls ist kein Verlass. Sie hängt entscheidend vom Widerstand der Gliedstaaten und der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Bildungseliten an den Universitäten ab. Werden sie Überwachung, Misstrauen und ein Klima der Angst vermeiden können? Kann die demokratische Partei und damit knapp fünfzig Prozent der Wählerschaft ihre Schockstarre überwinden? Werden die Finanzmärkte eingreifen und die Entwicklung korrigieren? Wir wissen es nicht. Alles hängt davon ab, ob in zwei Jahren faire Wahlen durchgeführt werden, oder ob ungehemmte Algorithmen die Debatte in den sozialen Medien so aufheizen und verzerren werden, dass davon nicht mehr die Rede sein kann. Die Technologie Giganten jedenfalls haben sich auf die Seite Trumps geschlagen. Die Geschichte Roms lehrt, dass eine Republik nie davor gefeit ist, in die Tyrannei abzugleiten.

Sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa

Die Entwicklungen in den USA erfolgen nicht von heute auf morgen. Die Welt und Europa sahen sie kommen. Sie bekamen von 2017 bis 2020 einen Vorgeschmack. Viele hofften auf einen erneuten demokratischen Wahlsieg und auf die Fortsetzung bisheriger und neuer Zusammenarbeit. Damit wurde zugleich eine ernsthafte Vorbereitung auf den *Régime Change* in den USA verdrängt und verpasst. Die brutale Missachtung der Ukraine und der Europäer seitens der USA und Russlands erwischt die EU auf dem falschen Fuss. Es rächt sich nun, dass die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik über Jahre vernachlässigt wurde und einer veralteten Konzeption der nationalen Souveränität unterlag. Das ist nicht eine Frage des Geldes. Die Europäer gaben und geben gesamthaft in den letzten Jahren mehr für die Verteidigung aus als Russland. Es fehlt indessen an Koordination in der Beschaffung. Es fehlt an einer gemeinsamen Strategie, Führung und Logistik. Es fehlt an einer europäischen Armee. Das brutale Erwachen der geopolitischen Machtlosigkeit der EU trotz ihrer weltweiten Vormachtstellung im regulatorischen Bereich als integrierter Markt wird und muss dazu führen, eine europäische Streitmacht zur Verteidigung der Demokratie aufzubauen, die es Europa erlaubt, den USA und Russland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch realpolitisch die Stirne zu bieten. *Let Europe arise!* (Winston Churchill) ist dringender als je zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die EU ist in der Lage, den USA in der Handelspolitik eigenständig die Stirn zu bieten. In ihrer heutigen Verfassung mit dem Einstimmigkeitserfordernis in aussenpolitischen Fragen (anders als im Binnenmarkt und in der Handelspolitik) ist sie aber nicht geeignet, eine gemeinsame Armee aufzubauen. Zu ungewiss ist die Haltung der Putin-Versteher Ungarns und der Slowakei. Oestereich und Irland sind neutral. Strategisch wichtige Länder wie Grossbritannien, Norwegen, Island, die Schweiz und vor allem die Ukraine fehlen. Die Armee muss daher im Weimarer Format und damit einer variablen Geometrie unter möglichst breiter Beteiligung auch mit Blick auf die Nordsee, die Ostsee und das Mittelmeer schrittweise an die Hand genommen werden. Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Polen sind mit der EU-Kommission im Lead in enger Absprache

mit den baltischen und nordischen Staaten und der Ukraine. Dazu kann und muss eine staatsvertragliche Grundlage geschaffen werden. Als Organisation für europäische Verteidigung (*European Defence Treaty*) kooperieren die Europäer in Parallelstrukturen mit der NATO und den USA, ohne indessen von dieser im Langstreckenbereich länger logistisch abhängig zu sein. Sie bilden gemeinsam ein drittes Standbein in der NATO, neben den USA und der Türkei. Die enge Zusammenarbeit der Europäer erlaubt es, sich in der NATO zu behaupten und die Bedingungen für ein allfälliges Engagement in Asien festzulegen. Europa muss sich in die Lage versetzen, eigenständige und notfalls von den USA unabhängige Sicherheitsgarantien zu geben. Dazu braucht es supranationale Strukturen und Kompetenzzuweisungen. In einem zweiten Schritt wird die Armee in die EU integriert im Rahmen einer europäischen Verfassung, die nunmehr auch in sicherheits- und aussenpolitischen Fragen nach Mehrheiten und ohne Vetorechte entscheidet. Drittstaaten kooperieren weiterhin im Rahmen des *European Defence Treaty Systems*.

Das Ende der schweizerischen Neutralität

Die Schweizer Geschichte lehrt, dass eine solche Entwicklung möglich ist. Sie entspricht den aussenpolitischen Bedrohungen durch die europäischen Monarchien, welche zum jungen Bundestaat nach US-Vorbild und dem schrittweisen Aufbau des eidgenössischen Heeres im 19. Jahrhundert mit kantonalen Kontingenten unter gemeinsamer Führung führten, bis hin zu Sicherheitsgarantien für Lichtenstein als Drittstaat. Paradoxerweise glaubt man in der Schweiz nicht an diese Parallelen und setzt weiterhin auf die nationale Souveränität trotz der unbestrittenen Tatsache, dass die Schweizer Armee nicht in der Lage ist, das Land im Alleingang zu verteidigen. Donald Trump geniesst in der Schweiz viel Sympathie, nicht nur bei Oligarchen und Populisten. Rechten Anliegen verleiht er innenpolitisch Auftrieb und es ist eine Frage der Zeit, bis *Making Switzerland Great Again* in Abstimmungskämpfen auftauchen wird. Gefährdung der Demokratie? Mitnichten. Gefährdung westlicher Soft-Power? Mitnichten. Das Parlament beschliesst im Anschluss an die Aufhebung von USAID in den USA die Sistierung der Beiträge an die UNWRA – ausgerechnet im Moment grösster Not und ohne Rücksicht auf Tausende von Kindern im Nahen Osten.

Die offizielle Schweiz antwortet auf den *Régime Change* in den USA nach gewohntem Muster. Sie hofiert die USA und geht in Deckung. Sie nimmt nicht Stellung und sucht, opportunistisch ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren, die seit jeher die Aussenpolitik des Landes dominiert haben. Obwohl offensichtlich, dass Handelsverträge derzeit in den USA das Papier nicht wert sind, hofft man auf ein Freihandelsabkommen. Die Schweiz wird sich weiterhin auf ihre Neutralität berufen und der Ukraine in ihrem Überlebenskampf lebenswichtige Ressourcen, insbesondere Kriegsmaterial vorenthalten. In den Beziehungen zur EU richtet sich das Augenmerk vollkommen auf die Bilateralen III, die innenpolitisch umstritten und nicht in trockenen Tüchern sind. Darüber hinaus geht heute die Reflexion noch kaum. Die Europa-Initiative musste im Februar 2025 mangels Unterstützung eingestellt werden. Der Weitblick fehlt.

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz basieren auf dem Regelwerk der WTO und der transatlantischen Allianz. Die besonderen und privilegierten Beziehungen zur EU sind nur in diesem Rahmen möglich. Bricht die Allianz zwischen den USA und der EU ein, brechen auch die multi- und bilateralen Grundlagen der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik weg. Die Schweiz wird sich mit der EU und anderen Staaten für die weitere Entwicklung des Multilateralismus einsetzen in einer multipolaren Welt, kann aber nicht davon ausgehen, dass dies auch gelingen wird. Das gilt für die UNO, die

spezialisierten Organisation ebenso wie für die Weltbankgruppe und die WTO. Die USA haben zwar lediglich Anteil von nur rund 10% am Welthandel, kontrollieren aber das Finanzsystem und die Informationshochtechnologie mitsamt KI. Wahrscheinlicher ist daher eine stärkere Blockbildung.

Durch die anstehende militärische Aufrüstung in Europa wird die EU nicht nur wirtschaftlich, sondern anders als heute auch machtpolitisch eine Stellung am Verhandlungstisch der Grossmächte einnehmen. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf ihre Beziehungen zur Schweiz inmitten Europas bleiben. Die EU wird darauf drängen, die Schweiz nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheitspolitisch einzubinden im Zeitalter hybrider Kriegführung und Erpressung durch Gefährdungen kritischer Infrastrukturen, unabhängig von Landesgrenzen und Panzersperren. Sie wird, mit anderen Worten, die Neutralität und Bündnisfreiheit der Schweiz als Risiko einstufen und auf eine stärkere Einbindung, Zusammenarbeit und Koordination auch in der Verteidigung drängen. Sie wird verlangen, dass die Schweiz im Rahmen eines *European Defence Treaty* ihren Beitrag leistet. Die negativen Reaktionen auf das Verbot der Weitergabe von Kriegsmaterial an die Ukraine seitens Deutschlands, Spaniens und Dänemarks sind Vorzeichen dafür, dass die Anerkennung der Legitimität der schweizerischen Neutralität in Europa bröckelt, ganz abgesehen von den Schäden für die den Industriestandort Schweiz und die eigene Armee. Diese Fragen können von wirtschaftlichen Fragen nicht getrennt werden und werden so auch das Freihandelsabkommen von 1972 und das bilaterale Vertragswerk betreffen und dieses als ungenügend und nicht mehr zeitgemäss in Frage stellen, noch bevor die Bilateralen III in Kraft treten werden.

Wir wissen nicht, ob der *Régime Change* in den USA dauerhaft oder nur vorübergehend ist und die USA nach vier weiteren Jahren Trump zurück zur *Pax Americana* finden werden oder nicht. Die USA werden sich aber so oder so vermehrt den Herausforderungen in Asien zuwenden. Die Welt wird sich so oder so verändern und die Schweiz wird durch eine neue und kommende gemeinsame Sicherheitspolitik in Europa neu ausrichten müssen. Sie muss ihre Bündnisfreiheit, ihre Neutralität und ihre Sonderrolle in Frage stellen. Sie muss sich die Frage des Beitritts zur Europäischen Union und einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Rahmen eines *European Defence Treaty* ernsthaft und vorteilslos stellen. Sie muss sich fragen, wie sie ihre Interessen und Einflussmöglichkeiten am besten wahren kann. Sie muss sich fragen, wie sie ihren Beitrag in Europa und der Welt leisten will, auch und gerade in der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Letztlich geht es um das Überleben der Republik und Demokratie, auch der direkten Demokratie der Schweiz, und der gemeinsamen Abwehr der Autokratie. In dieser Auseinandersetzung hat die Neutralität keinen Platz mehr. Sie lässt sich moralisch und realpolitisch nicht mehr rechtfertigen und verliert ihre Legitimität vollends. Denn ohne internationale Kooperation und Einbindung sind Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenwürde, die Demokratie und der Rechtsstaat nach dem *Régime Change* in den USA und dem Vormarsch des Nationalismus in Europe auch in der Schweiz ernsthaft gefährdet, innenpolitisch wie aussenpolitisch.
